

Kritische AktionärInnen
DAIMLER



Rechtsanwalt Holger Rothbauer
Karlstr. 6
72072 Tübingen

Postfach 30 03 07
50773 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaeere.de
www.kritischeaktionaeere.de

Daimler AG
Investor Relations
HPC 096 - 0324
70546 Stuttgart
Fax: 0711 – 17 94 075
Email: investor.relations@daimler.com

Tübingen, 29.03.2011

Gegenantrag zur Daimler-Hauptversammlung 2011

Zur Hauptversammlung der Daimler AG am 13.04.2011 stellt Rechtsanwalt Holger Rothbauer, Kritische Aktionäre Daimler, folgenden Gegenantrag:

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010

Die Mitglieder des Vorstands werden nicht entlastet.

Begründung:

Nachdem wir Aktionärinnen und Aktionäre bei der letzten Hauptversammlung die bittere Pille schlucken mussten, dass mit einer Vergleichszahlung von ca. 185 Mio USD und einem Schuldeingeständnis der Daimler AG die seit Jahren laufenden Untersuchungen des USJustizministeriums sowie der US-Börsenaufsicht SEC endlich beendet wurden, müssen wir dieses Jahr zur Kenntnis nehmen, dass die Folgen dieses „Schwarze-Kassen“-Skandales insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens weiterhin drastisch sind.

Aus dem Unternehmen wird von einer Misstrauenskultur und von Regeln, die alles erstarren lassen berichtet. Selbstverständlich ist zu begrüßen, dass die Mentalität von „Bestechung und schwarzen Kassen“ in Teilen des früheren Managements bekämpft wurden und werden, aber diese durch eine Kultur der Angst und des Misstrauens zu ersetzen, hat mit Compliance nichts aber auch gar nichts zu tun.

Es ist nicht verständlich und vom Vorstand bei der letzten Hauptversammlung auch nicht kommuniziert worden, welche offenbar umfangreichen Befugnisse Herr Louis Freeh und sein

beachtlicher Mitarbeiterstab hat. Welche Summen wendet unser Unternehmen für die Bezahlung von Herrn Freeh und seiner Mitarbeiter jährlich auf und wer hat Weisungsbefugnis gegenüber Herrn Freeh? Der Vorstand hat doch wohl keinem Vergleich zugestimmt, der einerseits Herrn Freeh und seine Mitarbeiter von Daimler bezahlen lässt und andererseits über Herrn Freeh die Weisungen des US Justizministeriums in unserem Unternehmen durchsetzen lässt. Bedeutet die hohe Strafzahlung im Vergleich doch nicht, dass die weiteren Ermittlungen gegen unser Unternehmen eingestellt wurden, ermittelt Herr Freeh und sein Team weiter gegen Daimler und stellt quasi jeden Mitarbeiter unter Generalverdacht? Die sehr zu begrüßende Einrichtung eines neuen Vorstandsresorts „Integrität und Recht“ unter Führung einer Frau und ehemaligen Bundesverfassungsrichterin, Frau Christine Hohmann-Dennhardt, ist völlig ausreichend und muss nun mit den Gewerkschaften und Beschäftigten auf allen Ebenen des Konzerns mit rechtswirksamen Betriebsvereinbarungen verbindlich unter unbedingter Wahrung der Würde und Persönlichkeitsrechte ALLER im Unternehmen umgesetzt werden. Eine „US-moraline Oberaufseherfunktion“ a la Freeh ist nicht verantwortbar und hätte nie im Vergleich mit dem US-Justizministerium vom Vorstand in dieser Art und Weise angenommen werden dürfen.

In einer Unternehmenskultur von Misstrauen, Angst und Überwachung gibt es weder Spitzenleistung noch kreativ-ökologischen Fortschritt, den wir im verschärften Wettbewerb auch zur Beschäftigungssicherung dringend weiterhin in altbewährter Daimler Tradition brauchen. Korruptionsbekämpfung: Ja, aber keine Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten und Wahrung der mitbestimmten Sozialpartnerschaft wie sie in unserem Grundgesetz verankert ist.

Der Vorstand hat bislang diese nach unserer Werteordnung hochrangigen Rechtspositionen der Beschäftigten nicht ausreichend gewichtet und lässt Herrn Freeh in FBI-Manier agieren, die mit unseren Unternehmenskulturverständnissen nicht vereinbar ist. Als Kritische Aktionäre Daimler (KAD) erwarten wir, dass sich der Vorstand mehr als bisher vor die Beschäftigten stellt, damit diejenigen, die mit dem „Schwarze-Kassen“-Skandal nicht im entferntesten etwas zu tun hatten, nicht durch ungerechtfertigten Generalverdacht völlig demotiviert und entmutigt werden.